

Rechtsautoritärer Nationalismus oder autoritär-imperialer Neoliberalismus?

Die USA unter Donald Trump im globalen *Beggar-thy-neighbor*-Kapitalismus

*Donald Trump wurde auf dem Höhepunkt einer tiefen Repräsentationskrise in den USA zum Präsidenten gewählt. Er gewann mit einem doppelten Versprechen: dem Bruch mit (1.) dem »Freihandelskapitalismus« und (2.) der imperialen Politik zu seiner Durchsetzung und Aufrechterhaltung. Trumps Triumph wirft die Frage auf, ob seine Realpolitik tatsächlich den Übergang zu einem ökonomischen Nationalismus bedeutet, der das liberale Arrangement der Weltwirtschaftsordnung untergräbt. Der Handelskrieg seit 2017 erscheint einigen Beobachter*innen als Kurswechsel in Richtung eines (selektiven) Protektionismus und imperialen (Teil-)Rückzuges. Tatsächlich jedoch ist Trumps außen(wirtschafts)politische Strategie ein Neoreaganismus, der eine vertiefte Weltmarktintegration avisiert. Der bilaterale Transaktionalismus ist lediglich ein anderer strategischer Ansatz zur Erreichung dieses Ziels. Faktisch radikalisiert Trump lediglich den wettbewerbsausteritätspolitischen Ansatz Obamas in einem globalen Beggar-thy-neighbor-Kapitalismus.*

1. Einleitung

Seit 2007 ist der neoliberale Finanzmarktkapitalismus in eine tiefe Krise geraten. Am 15. September 2008 jährtc sich der Zusammenbruch der Investmentbank *Lehman Brothers*, der eine finanzielle Kernschmelze hervorrief, zum zehnten Mal. Diesmal ging die Krise von der größten Weltökonomie, den USA, aus. Die Aufgabe, die Krisenwidersprüche zu bearbeiten, oblag naturgemäß dem Staat. Der US-Staat ist jedoch nicht irgendeiner, sondern schuf nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die politisch-institutionellen Grundlagen der Globalisierung. Die Aufgabe, eine Krisen-Exit-Strategie zu entwickeln, musste der – auf ihrem Höhepunkt ins Präsidentenamt gewählte – Barack Obama leisten. Sein Nachfolger Donald Trump gewann acht Jahre später mit einer Kampagne, die die Globalisierung und den liberalen Internationalismus an sich infrage stellte und im Namen des »*America First*« für eine wirtschaftspolitisch protektionistische und außenpolitisch »isolationistische«, militärische Zurückhaltungspolitik warb. Trump triumphierte, obwohl er das Gros der ökonomischen, politischen und medialen Eliten gegen sich hatte. In seinem Erfolg manifestierte sich ein Elite-Masse-Bruch, insbesondere im Hinblick auf die Bewertung der Globalisierung und ihres liberalen Prosperitätsversprechens.

In diesem Beitrag wird zwei zusammenhängenden Fragen nachgegangen: (1.) Welcher Zusammenhang besteht zwischen dem Obama-Krisenmanagement und

seiner Globalisierungspolitik einerseits und dem Aufstieg Trumps rechtsautoritären Nationalismus andererseits? (2.) Steht die Trump-Administration tatsächlich für einen Strukturwandel der Globalisierung, der von den USA als bisherigem Garanten des globalisierten Kapitalismus ausgeht?

Um diese Fragen zu beantworten, wird im folgenden Abschnitt (2.) die materialistische Krisentheorie rekapituliert, die Bedeutung des Staates für die Krisenbearbeitung herausgearbeitet und beides in der Gegenwartsdebatte zur Periodisierung des Kapitalismus kontextualisiert. Im darauffolgenden Schritt (3.) wird das Obama-Krisenmanagement und die von seiner Regierung implementierte globale Wettbewerbs- und Wachstumsstrategie skizziert und auf den Zusammenhang mit dem Aufstieg des rechtsautoritären Nationalismus untersucht (4.). In einem letzten Schritt (5.) wird dann geprüft, inwiefern Trumps Realpolitik tatsächlich auf eine nationalistische De-Globalisierungspolitik hindeutet.

2. Zur Theorie der organischen Krisen des Kapitalismus und der transformatorischen Exit-Strategien des Staates

Die verschiedenen Spielarten der (neo-)marxistischen Theorien – vom post-Althusser'schen Marxismus über den Neogramscianismus in den Internationalen Beziehungen bis zur französischen Regulationstheorie – kennzeichnet eine Grundannahme in Bezug auf die geschichtliche Entwicklung des Kapitalismus. Alle diese Ansätze gehen davon aus, dass (1.) der Kapitalismus historisch äußerst wandlungsfähig ist, dass (2.) diese geschichtlich nicht-determinierte und nicht-lineare Entwicklung stets eine historisch-konkrete Analyse sowie eine Periodisierung kapitalistischer Gesellschaftsformationen erforderlich macht und dass es (3.) die tiefen, *systemischen* Krisen des Kapitalismus sind, durch die er sich entwickelt und transformiert. In der auf Antonio Gramsci (1991-1999, Band 7: 1561-1562) zurückgehenden politischen Ökonomie werden diese Krisen als »organische Krisen« diskutiert; in der französischen Regulationstheorie unterscheidet Alain Lipietz (1985) die kleinen (Konjunktur-)Krisen von den »großen«, in denen ein bestimmtes Akkumulationsregime mit der hierauf aufbauenden Regulationsweise (des Lohnverhältnisses etc.) an seine Grenzen gestoßen ist. Dabei ist es die Aufgabe des Staates – in dem sich, nach Nicos Poulantzas (2002: 154-191), das Kräfteverhältnis zwischen den gesellschaftlichen Klassen institutionell verdichtet und der als zentrale, institutionelle Bearbeitungsinstanz der Widersprüche des immanent krisenhaften Kapitalismus zu verstehen ist (Poulantzas 2002: 197-198) – die Transformation des kapitalistischen Systems zu gestalten; eines Systems, das sich ungleich über geographische Räume hinweg (Harvey 2006) und innerhalb eines vermachteten, internationalen Staatensystems entwickelt (Hirsch 2005). Im Hinblick auf die Art und Weise, wie dieser Transformationsprozess vonstattengeht, spielt ein Begriffspaar von Gramsci eine zentrale Rolle, nämlich das des *trasformismo* und der »passiven Revolution«. Nach Gramsci (1991-1999, Band 5: 1080, 1137-1141; Band 6: 1242-1244) beschreibt *trasformismo* einen Prozess der Kooptation der oppositio-

nellen, kapitalismuskritischen Kräfte, die paradoxerweise das bestehende System modernisiert und hegemonial stabilisiert. Der Begriff der passiven Revolution bezeichnet wiederum den Prozess, innerhalb dessen der (nicht ausreichende) Druck von unten einen Modernisierungsdruck von oben erzwingt und so die Wandlung des Kapitalismus und ein neues Akkumulationsregime sowie eine neue Regulationsweise hervorbringt.

Das staatliche Krisenmanagement ist nun relativ kontingent. In historisch-spezifischen Krisensituationen sind verschiedene, sogar gegensätzliche Exitstrategien denkbar. Letztlich hängen diese von den historisch-spezifischen Klassenbündnissen ab, auf denen sie fußen. Historisch konnte beispielsweise die organische Krise der 1930er Jahre sowohl Nazideutschlands Exitstrategie der imperialistischen Expansion als auch Roosevelts »keynesianischen« *New Deal* hervorbringen. Dabei waren Klassenauseinandersetzungen und Spaltungen zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen – Finanz- und Industriekapital, internationalisiertes und binnenwirtschaftlich orientiertes Kapital – entscheidend für die Handlungsspielräume des US-Staates in dieser Situation (vgl. Levine 1988; Roesler 2010; Domhoff/Webber 2011; Klein 2016).

Die »organischen« oder »großen Krisen« ändern damit auf dem Weg des historisch-spezifischen Krisenmanagements der Staatsakteure die Produktionsweise, Lebensweise und die räumlichen Arrangements des immanent zur Globalisierung tendierenden Kapitalismus. Im Ergebnis sieht der Post-Krisen-Kapitalismus niemals so aus wie zuvor. Gerade aus diesem Grund aber ist eine Kapitalismusperiodisierung einschließlich der sehr spezifischen Staatsformen unerlässlich (Poulantzas 1973: 13).

Seit seiner Entstehung im landwirtschaftlichen Raum Englands im frühen 17. Jahrhundert (Wood 2002) hat der Kapitalismus vier organische Krisen erlebt: (1.) die Große Depression (1873-1896), die den Übergang vom liberal-internationalistischen (»Manchester«-)Konkurrenzkapitalismus zum »organisierten Kapitalismus« und die zwischenimperialen Rivalitäten hervorbrachte (Cox 1987: 151-210); (2.) die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1939, die auf dem Wege des Sieges der Alliierten und der US-Hegemonie im Kalten Krieg den *New Deal* als fordistischen Wohlfahrtskapitalismus unter keynesianischer Regulation internationalisierte (Panitch/Gindin 2012: 67-107); (3.) die Krise des Fordismus (1971-1979), aus der der neoliberale Finanzmarktkapitalismus als neuer Entwicklungstyp hervorging (vgl. z. B. Harvey 2007); und (4.) die organische Krise eben dieser Phase der kapitalistischen Entwicklung, die 2007 einsetzte.

Zu Beginn der globalen Finanzkrise stellte sich die zentrale Frage, ob es sich bei dieser Krise um eine organische Krise handele und, falls ja, welcher neue Kapitalismustyp sich auf der Grundlage welcher Klassenbündnisse und im Rahmen welcher internationalen Kräfteverhältnisse durchsetzen würde. Verschiedene neomarxistische Perspektiven, die von einer großen, multiplen Krise ausgingen, debattierten darum Zukunftsszenarien der »Postneoliberalisierung« (Brand/Sekler 2009; Brand 2011). Zumeist wurden (Spielarten von) drei Kernszenarien diskutiert: (1.) Reformen in Richtung eines grünen Kapitalismus, (2.) die Vertiefung des neoliberalen Fi-

nanzmarktkapitalismus mit einer zunehmend autoritären Staatsform und (3.) die Transformation in Richtung eines grünen Sozialismus (Bello 2009; Jessop 2008; Solty 2011a; Candeias 2014a; Rilling 2014). Der Prozess der Klassenauseinander-setzungen über die Gestalt der neuen (Welt-)Ordnung wurde dabei oft mit Bezug auf Gramscis Begriff des »Interregnum« geführt (Solty 2011b; 2013b; Candeias 2014b), d. h. eine Situation, in der »das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann«, was – nach Gramsci – »zu den unterschiedlichsten Krankheitser-scheinungen« (Gramsci 1991-1999, Band 2: 354) führe.

Die Debatte, ob im zehnten Jahr nach der finanziellen Kernschmelze noch von einem Fortdauern von Krise und Interregnum gesprochen werden kann, hält an. Samuel Decker und Thomas Sablowski (2017) behaupten, die gegenwärtige Krise habe den neoliberalen Finanzmarktkapitalismus konsolidiert; andere Autor*innen sehen einen neuen, »autoritären Kapitalismus« (Deppe 2013) ins Werk gesetzt. Wieder andere haben aufgrund der mangelnden Kohäsion des Gegenwartskapitalismus und der anhaltend tiefen, sozialen und politischen Krisenerscheinungen am Interregnum-Begriff festgehalten und Skepsis geäußert, ob der Begriff »autoritärer Kapitalismus« die Gegenwart (schon) beschreiben könne (Solty 2014; Demirovic 2016: 296; Pile/Fisahn 2017: 37-41).

Es besteht jedoch weitgehende Übereinstimmung, dass die Krise Momente autoritärer Herrschaft intensiviert hat, die auf die Globalisierung zurückzuschlagen drohen (Koddenbrock 2018 in diesem Forum). Analysen beziehen sich hierfür auf verschiedene Aspekte des Autoritarismus: den Aufstieg von autoritären Staatsformen in China, Russland, den Philippinen, der Türkei, Ungarn, Polen und anderswo; die Zunahme von autoritären Maßnahmen in liberaldemokratischen Staaten – wie z. B. die illiberale Repression und die drakonischen Sanktionen gegen Antiausteritätsproteste in Spanien; die Erklärung eines (dauerhaften) Ausnahmezustands in Frankreich; oder die teilweise extralegalen Mittel und Wege, mithilfe derer die europäischen Regierungen die Euro-Währungsunion stabilisiert haben (Deppe 2013; Oberndorfer 2013; Bruff 2014; Ryner 2015; Solty 2018a). Andere wiederum fokussieren auf die Erosion des Vertrauens in die Problemlösungskapazitäten der liberalen Demokratie und benennen als Gründe hierfür die sinkende Integrationskraft der »Mitte«- und Volksparteien im Euroraum und den Aufstieg des »Rechtspopulismus« von unten (Solty/Gill 2013) sowie einen markanten neuen Dysfunktionalitäts- und Unregierbarkeitsdiskurs unter den bürgerlichen Intellektuellen von oben (Solty 2013a: 67-71).

Entscheidend für die Bewertung des Krisenmanagements ist die Frage der Internationalisierung. Die zunehmende Internationalisierung der Produktion hat zugleich eine des Staates hervorgebracht (Cox 1987). Auf der internationalen Ebene sind dabei auch Formen von transnationaler Staatlichkeit entstanden, insbesondere in der Europäischen Union (Bieling 2006). Die internationalen Institutionen wurden unter imperialen Bedingungen entwickelt. Nach dem Zweiten Weltkrieg befanden sich die USA auf dem Höhepunkt ihrer Macht. *Ökonomisch* vereinten sie fast die Hälfte des globalen Bruttoinlandsproduktwachstums auf sich; *finanziell* waren sie Gläubiger-nation der im Krieg ausgebluteten »Siegnationen« Großbritannien und Frank-

reich, stellten mit dem US-Dollar die faktische Weltwährung und schufen und dominierten mit dem Bretton-Woods-System sowie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds die internationale Finanzarchitektur des fordistischen Kapitalismus im »Westen«; *politisch* waren sie der mächtigste Staat der kapitalistischen Welt und verfügten über einen dominanten Militärhaushalt; und *ideologisch* entfalteten sie die kulturelle (Wissens-)Hegemonie der beiden »Hs«: Harvard und Hollywood (Deppe et al. 2011). Als »prototypische[r] Globalstaat« (Panitch 2002: 80) schufen die USA damit den globalen Kapitalismus. Die ehemaligen internationalen Rivalen Deutschland, Japan und auch (Süd-)Korea wurden mit einseitig vorteilhaften Handelsbedingungen in das Imperium des »Westens« integriert. Die Vision war die eines globalkapitalistischen Systems mit identischen Regeln für das Kapital – zunächst in der »Grand Area« des Westens (Shoup/Minter 1977) und nach dem Ende des Kalten Krieges weltweit. Dies war letztlich die Vision der *World Trade Organisation* (WTO) (Panitch/Gindin 2012: 220), deren Krise im Zuge der Doha-Runde (2001-2006) zu den Projekten *Transatlantic Trade and Investment Partnership* (TTIP) und *Trans-Pacific Partnership* (TPP) als nächstbeste Möglichkeiten führte (vgl. hierzu auch Nölke 2018 in diesem Forum). Freilich war dabei der Freihandelskapitalismus immer im Interesse der dominanten Staaten und des global konkurrenzfähigsten Kapitals (Shaikh 2013: 50-68). Entsprechend führte dies auch zu Widerstand sowohl von Schwellen- und Entwicklungsländern aus dem globalen Süden als auch von Seiten der organisierten Lohnabhängigen im globalen Norden (vgl. hierzu Bieling 2018 in diesem Forum). Indes ist die Frage zu klären, ob sich in der Herausforderung der westlich dominierten Weltwirtschaftsordnung durch regionale Integrationsprojekte insbesondere in Asien auch neue Kapitalismustypen, Hegemonialprojekte und Weltordnungskonzeptionen herausbilden (vgl. hierzu Nölke 2018 in diesem Forum; Simon 2018 in diesem Forum).

Die »organischen Krisen« haben für die internationale Dimension und die Krieg/Frieden-Frage eine entscheidende Rolle gespielt. Dabei ist es ein zentrales Unterscheidungsmerkmal der ersten beiden Systemkrisen – der Großen Depression (1873-1896) und Weltwirtschaftskrise (1929-1939) –, dass diese zu einer Fragmentierung des Weltmarktes und Verschärfung der zwischenimperialen Rivalitäten führten. Die Staaten führten im Interesse ihrer politisch organisierten, nationalen Bourgeoisien protektionistische Maßnahmen durch, um sie vor dem globalen Konkurrenzdruck zu schützen, während die »Hobbes'schen Randstaaten« diese existierende Weltordnung eines »Locke'schen Kerngebiets« durch militärische Gewalt herausforderten (van der Pijl 1998: 65-97). Militarisierung und zwischenimperial(istisch)e (Welt-)Kriege waren am Ende die Konsequenz. Im Gegensatz hierzu endeten die Fordismuskrise der 1970er Jahre und auch die gegenwärtige Krise zunächst in einer Selbstverpflichtung der Staaten zu einem Verzicht auf Protektionismus, ja sogar zur Vertiefung der Weltmarktintegration – und dies trotz struktureller Überkapazitäten (etwa in der Autoindustrie), Überakkumulation und intensivierter Konkurrenz (Gill/Solty 2013).

3. Das Scheitern von Obamas grüncapitalistischer Reform und der Aufstieg des rechtsautoritären Nationalismus

Die Tatsache, dass die dritte und die jüngste Großkrise nicht zum Zerfall der weltwirtschaftlichen Integration geführt haben, erscheint nun als Beleg für die robuste Natur von Internationalisierung und US-Imperialpolitik. Trumps Wahl zum 45. US-Präsidenten mithilfe einer Absage an den (neo-)liberalen Internationalismus wirft allerdings Fragen auf. Konkret kritisierte Trump den »Freihandel« und warf nicht nur China, sondern auch den »very bad Germans« (Müller 2017) mit ihren jeweiligen Leistungsbilanzüberschüssen im Verhältnis zu den USA unfaire Handelspraktiken vor. Als Gegenmaßnahme postulierte er eine Politik des »America First« und stellte den Freihandel infrage. Während seines Wahlkampfes hatte Trump eine Neuverhandlung oder gar Abschaffung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) von 1994 und ein Ende der Verhandlungen zu TPP und TTIP verkündet. China und Mexiko drohte er mit Importzöllen von 45 beziehungsweise 15 Prozent. Die Frage ist also: (1.) Wie erklärt sich Trumps Aufstieg vor dem Hintergrund der politischen Ökonomie der USA unter Obama? Und (2.) Vollziehen die USA unter Trump eine protektionistische Kehrtwende?

Das Demokraten-Lager um Trumps unterlegene Kontrahentin Hillary Clinton hat versucht, Clintons linken Vorwahlgegner Bernie Sanders und Russlands Wahlkampfbeeinflussung für die Niederlage verantwortlich zu machen (Clinton 2017). Trumps Aufstieg ist jedoch vom Krisenmanagement Obamas nicht zu trennen. Dieses lässt sich in zwei Hauptphasen unterteilen.

Die erste war die fiskalische Expansion auf Bundesebene. Das Kernmaßnahmenpaket hierfür war der *American Recovery and Reinvestment Act* (ARRA) von 2009. Dieser war die US-Variante jener Konjunkturpakete, die die Nationalstaaten rund um den Globus schnürten, um damit die finanzielle Kernschmelze abzuwenden. Diese »neokeynesianische« Politik war, wie Obamas Finanzminister Timothy Geithner (2014: 263) betont hat, eine Lehre aus der verheerenden Krise der 1930er Jahre, als die meisten Staaten ihre Ausgaben zur selben Zeit kürzten, während die Privatinvestitionen zurückgingen. Diese Austeritätspolitik von US-Präsident Hoover oder Reichskanzler Brüning in Weimar-Deutschland hatte bekanntlich katastrophale Folgen: Ökonomisch führte sie in eine Abwärtsspirale und politisch fegte diese – bis dahin größte – Kapitalismuskrisis überall außerhalb der USA und von Großbritannien liberale Demokratien zugunsten von autoritären bis faschistischen Regimes hinweg (Hobsbawm 1996: 109-141).

Mittlerweile verfügen wir über detaillierte Studien und Berichte über die Entwicklung von ARRA.¹ Sie offenbaren tiefe Spaltungslinien und Richtungskämpfe in der US-Regierung zwischen einem fiskalisch-konservativen (Wall-Street-)Flügel – angeführt von Geithner und Obamas *Senior Economic Adviser* Larry Summers – und einem staatsinterventionistischeren, grüncapitalistischen Flügel um Obamas *Council-of-Economic-Advisers*-Chefin Christina Romer. Romer, eine Wirtschafts-

1 Wolffe (2011); Scheiber (2012); Suskind (2012); Lizza (2012); Conlan et al. (2017).

wissenschaftlerin mit Forschungsschwerpunkt 1930er-Weltwirtschaftskrise, verkörperte dabei die Vision eines *Green New Deal*. Dieser versprach eine (temporäre) staatsinterventionistische Redynamisierung – und damit auch Entfinanzialisierung – des neoliberalen Finanzmarktkapitalismus mit seinen spekulativ in die Finanzmärkte fließenden Überschusskapitalien. Die Vision war, dass die unumgängliche fiskalische Expansion als Anschubfinanzierung für (Forschung und Entwicklung in) grüne Technologien fungieren könne, die dann als Wachstumsmotor für eine neue »lange Welle« des kapitalistischen Wachstums mit sich hier herum gruppierenden neuen Industrien dienen würde (Romer 2009; Solty 2013a: 15-71). Die neuen produktiven Investments sollten dann die Bedingungen schaffen für das, was Obama (2009: 247; Grunwald 2013: 315) im Anschluss an ein entscheidendes Treffen mit dem früheren US-Notenbankchef Paul Volcker die »Post-Blasen-Ökonomie« nannte. Zugleich verband sich mit dem grünen Kapitalismus auch die Vorstellung einer reindustrialisierenden Erneuerung der US-Welthegemonie (Romer 2009).

Die obengenannten investigativ-journalistischen Berichte lesen sich stellenweise wie eine Kriminalgeschichte. Sie liefern viel empirisches Material für eine Weiterentwicklung der materialistischen Staatstheorie. Entscheidend ist, dass ARRA, so wie es am Ende aus den Flügelauseinandersetzungen hervorging, von drei großen Widersprüchen gekennzeichnet war. Zusammengenommen markieren sie das Scheitern der Grünpolitikvision.

Erstens war ARRA vom Finanzvolumen her betrachtet *zu klein*, um einen grünkapitalistisch-postneoliberalisierenden Exitpfad einzuleiten. Das Konjunkturprogramm im Umfang von 787 Milliarden US-Dollar war zwar groß genug, um die finanzielle Kernschmelze abzuwenden und den Anstieg der Massenarbeitslosigkeit zu begrenzen. Es reichte jedoch nicht aus, um die USA auf das Wachstums-, Real-einkommens- und Beschäftigungsniveau der Vorkrisenzeit zurückzuführen. Dies hatte auch damit zu tun, dass die fiskalische Expansion auf Bundesebene durch eine versteckte Austeritätspolitik auf kommunaler und einzelstaatlicher Ebene konterkariert wurde, weil, mit Ausnahme von Vermont, alle 50 Bundesstaaten »Schuldenbremsen« in ihre Landesverfassungen eingeschrieben haben. Diese Tatsache, die auch Geithner (2014: 440) benennt, verstärkte aber den Mechanismus des (ausgaben-)»disziplinierenden Neoliberalismus«, den Stephen Gill (1998; Gill/Cutler 2015) als »neuen Konstitutionalismus« bezeichnet. Im Ergebnis stieg trotz ARRA die Staatsquote, d. h. der Anteil der staatlichen Wirtschaftsaktivität an der Gesamtökonomie, zwischen 2007 und 2010 lediglich von 19,0 auf 19,4 Prozent an (Kotlikoff 2011).

Zweitens war ARRA *nicht grün genug*. So waren lediglich 27,2 Milliarden, d. h. 3,5 Prozent der 787 Milliarden US-Dollar für die Anschubfinanzierung der grünen Technologien vorgesehen. Der Großteil des Konjunkturprogramms diente stattdessen (1.) öffentlichen Bauaufträgen für private Bauunternehmer (105,3 Mrd. US-Dollar); (2.) der – unausweichlichen – Aufstockung der Arbeitslosenversicherung und staatlichen Gesundheitsprogramme *Medicare* (für Rentner*innen) und *Medicaid* (für die Armen) (67,92 Mrd.); sowie (3.) Steuersenkungen, insbesondere für

Unternehmer*innen (288 Mrd. US-Dollar). Tatsächlich gab sogar China in seinem grünökonomischen Konjunkturpaket mit 5,3 Prozentpunkten (30,8 Mrd. US-Dollar) einen größeren Anteil für die Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien aus (Soltz 2013a: 29).

Schließlich war ARRA, *drittens*, auch beschäftigungspolitisch *zu marktorientiert*. Vor seinem Amtsantritt häuften sich die Obama-Roosevelt-Vergleiche. Gerade aber hier ist der Kontrast immens. Tatsächlich führte Obamas Politik zu umgekehrten Vorzeichen. Der *New Deal* verschob das Verhältnis zwischen Staat und Markt signifikant zum Öffentlichen. Roosevelt absorbierte unproduktives Kapital mithilfe eines Spitzensteuersatzes von 94 Prozent auf alle Einkommen über 200.000 US-Dollar und reinvestierte diese Abschöpfungen in die neue staatliche Handlungsfähigkeit des *Civilian Conservation Corps* (1933-1942) und der *Works Progress Administration* (1935-1943). Mit diesen öffentlichen Beschäftigungsprogrammen schuf seine Regierung insgesamt 5,8 Millionen Öffentlicher-Sektor-Arbeitsplätze (Levine 1988: 64-91). Im Gegensatz hierzu verweigerte sich Obama einer solchen Beschäftigungspolitik. Auch, aber nicht nur infolge der versteckten Austeritätspolitik auf kommunaler und Bundesstaatsebene gingen während seiner ersten Amtsperiode 1,1 Millionen Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor verloren. Hätte Obama diesen nur im selben Maße weiter ausgebaut wie sein Amtsvorgänger George W. Bush, dann hätte seine Regierung – allein unter diesen Normalbedingungen – 1,2 Millionen Öffentlicher-Sektor-Arbeitsplätze schaffen müssen (Soltz 2013a: 35-39).

Der US-Staat intervenierte also deutlich geringer in die Wirtschaft als in den 1930ern. Dort, wo er es wie bei der Teilverstaatlichung der Autoindustrie tat, verfolgte Obama einen »hands-off«-Ansatz (zit. nach Mann 2009). Das bedeutete, dass der Staat an die Rettung auf Steuerzahler*innenkosten kein Recht auf Einflussnahme in Richtung einer grünenden Investitions- und einer technologischen Konversionspolitik knüpfte. Mit Ausnahme der Entlassung von *General-Motors*-Chef Richard Wagoner griff die Regierung nicht einmal in die Personalpolitik ein. Sie intervenierte stattdessen in lohnpolitischen Fragen im Interesse der Konzerneigener*innen, indem sie im Namen der »Wettbewerbsfähigkeit« die Löhne für alle Neueinstellungen halbierte (Soltz 2013a: 53-54). Auch damit tat die Obama-Regierung das Gegenteil von Roosevelt, denn dieser hatte gegen den Abwärtsdruck auf die Reallöhne mit dem *Wagner Act* von 1935 und dem *Fair Labor Standards Act* von 1938 die gewerkschaftliche Organisierung massiv erleichtert und einen Mindestlohn sowie die staatliche Arbeitslosen- und Rentenversicherung eingeführt.

Obamas Politik erleichterte damit den Aufstieg der *Tea-Party*-Bewegung, auf deren Rücken die Republikaner bei der Zwischenwahl 2010 die Handlungsspielräume der Regierung stark einschränkten. Tatsächlich vollzogen die USA schon im Frühjahr/Sommer 2010 rund um den Torontoer G20-Gipfel, d. h. zeitgleich zur austeritätspolitischen Wende in der Europäischen Union (EU) mit dem ersten Griechenland-Memorandum der Troika (EU-Kommission, Europäische Zentralbank, Internationaler Währungsfonds), den Übergang zur Austeritätspolitik auch auf Bundesebene. Damit einher ging eine Wachstums-, Beschäftigungs- und Wettbewerbsstrategie der *inneren* Abwertung – durch Lohndruck und andere »com-

petitive-austerity«-Maßnahmen (vgl. zum Begriff Albo 1993) – sowie der *äußeren* Abwertung (durch die geldpolitische Maßnahme der extremen Niedrigzinspolitik). Gerade Letzteres war im Vergleich zum Euroraum ein besonderer Konkurrenzvorteil, insofern die Währungsunion nur die Strategie der inneren Abwertung denkbar macht, weil die Mitgliedstaaten keine Währung mehr abwerten können. Auch dies mag zur Erklärung beitragen, warum im Euroraum die Politik der Abwicklung von Flächentarifvertragssystemen (Schulten/Müller 2013) und der ausgabendisziplinierende Konstitutionalismus der neuen europäischen Wirtschaftsregierung so kompromisslos durchgezogen wird (Oberndorfer 2013; Ryner 2015; Solty/Werner 2016).

Dass die zwei – nach wie vor – größten Wirtschaftsregionen der Welt gleichzeitig einem Wachstumspfad folgen, der sich aus der Krise zu exportieren trachtet, hat jedoch ein System geschaffen, in dem ihre Strategien darauf abzielen, sich ein größeres Stück eines – im Vergleich zum Vorkrisenniveau – relativ gering wachsenden (Weltwirtschafts-)Kuchens zu sichern (McNally 2012). Mit anderen Worten: Die (annähernd globale) austeritätspolitische Wende hat ein System eines globalen *Beggar-thy-neighbor*-Kapitalismus geschaffen, in dem die verschiedenen nationalen Wettbewerbsstaaten die Kosten ihrer inneren Entwicklung ihren internationalen Konkurrenten aufzubürden versuchen (Solty 2016e: 31-34). Die Folge ist jedoch zunehmende internationale Konkurrenz.

In Bezug auf Trumps Wahlsieg ist das sozioökonomische Ergebnis der Austeritätsverschiebung bedeutsam. Diesbezüglich hatten Krise, Krisenmanagement und Austeritätspolitik signifikante Auswirkungen auf die Lage der arbeitenden Klassen sowohl in Bezug auf die Realeinkommen als auch auf die Vermögensungleichheit. Insbesondere weil Obama keine Gewerkschaftsaufwertung als einen Regulationsmechanismus gegen den Abwärtsdruck auf die Reallöhne eingesetzt hat (beispielsweise vermittels der Gesetzesvorlage *Employee Free Choice Act*), war der Arbeitsmarkteffekt, kaum überraschend, dergestalt, dass der »Wiederaufschwung« am Ende seiner ersten Amtszeit die Gestalt einer »(unfreiwilligen) Teilzeit-/Niedriglohnepidemie« (Zuckerman 2012) annahm. Gemäß einer Studie der US-Notenbank befanden sich nur 22 Prozent aller Arbeitsplätze, die mit Beginn der Krise vernichtet wurden, im Niedriglohnsektor. Von allen im Zuge des »Wiederaufschwungs« neu geschaffenen Jobs galt dies jedoch für 59 Prozent (National Employment Law Project 2012). Gerade für die junge Generation, die im Durchschnitt mit rund 26.000 US-Dollar Schulden für einen Hochschulabschluss auf den Arbeitsmarkt drängt, ist dies verheerend und führt zur starken Dequalifizierung der Ware Arbeitskraft. So waren nach Angaben des *Bureau of Labor Statistics* 2013 eine Dreiviertelmillion Hochschulabsolvent*innen Vollzeit in der Fast-Food-Industrie beschäftigt und 42 Prozent aller Fast-Food-Arbeiter*innen hatten wenigstens eine Hochschule besucht (Langfield 2013). Zusammengenommen erklärt sich nicht zuletzt hieraus auch die in dieser Alterskohorte besondere Popularität des demokratischen Sozialisten Bernie Sanders mit seinen Forderungen nach kostenloser Hochschulbildung, kostenloser Krankenversicherung und einem flächendeckenden 15-Dollar-Mindestlohn.

Die negative Reallohnentwicklung hat auch die Vermögensungleichheit verschärft. Obama hatte 2007/2008 mit einer Kritik der wachsenden Ungleichheit Wahlkampf gemacht. Diese hatte 2008 den höchsten Stand seit 1929, d. h. seit dem Beginn der 1930er-Weltwirtschaftskrise, erreicht. Dennoch erreichte sie unter Obamas Ägide neue Rekordstände: Laut einer historischen Studie der Wirtschaftswissenschaftler Emmanuel Saez und Gabriel Zucman (2016) zur Entwicklung der Vermögensungleichheit seit 1913 wuchs im Neoliberalismus der Gesamtvolksvermögensanteil der obersten 0,1 Prozent – das sind 160.000 Haushalte mit einem Nettovermögen zwischen 20,6 und 72,8 Millionen US-Dollar – von 7 Prozent (1978) auf 19 Prozent im Jahr, als Obama sein Amt antrat (2009). Bis 2012 stieg dieser Anteil dann sogar noch weiter an und lag 2012 bei 22 Prozent. Indes fiel der Anteil der untersten 90 Prozent zwischen 1985 und 2009 von 37 auf 25 Prozent und unter Obama weiter auf 23 Prozent (2012) (Saez/Zucman 2016).

Der politische Fallout dieses Krisenmanagements war die Fortsetzung und Vertiefung einer Repräsentationskrise. Seit der austeritätspolitischen Wende sind die Zustimmungswerte für sämtliche politischen Institutionen auf historische Tiefstände gefallen. Dies gilt insbesondere für den US-Kongress. Als Obama im Januar 2009 sein Amt antrat, hatten – nach Angaben der einschlägigen Meinungsforschungsplattform *RealClearPolitics* – 33,4 Prozent der US-Amerikaner*innen eine positive Meinung zur Arbeit des Parlaments und 60 Prozent eine negative. Unter Obama wuchs diese Unzufriedenheit noch weiter und erreichte in der Woche vor den Präsidentschaftswahlen 2016 dann 76,3 Prozent Ablehnung und nur 15 Prozent Zustimmung.²

Die Folge war eine »populistische Lücke« (Flecker/Kirschenhofer 2007). In diese konnte sowohl Sanders' linker »Populismus« (vgl. Solty 2016b) als auch Trumps rechtsautoritärer Nationalismus stoßen (Solty 2016a). Das US-Zweiparteiensystem unterlag im Grunde einer Polarisierung mit drei Polen: einem neoliberal-imperialen »Zentrum«, das von diesen beiden Kräften zur Linken und zur Rechten unter Druck geriet (Brie/Candeias 2016).

4. Der rechtsautoritäre Nationalismus an der politischen Macht

Trump's Wahl war von den ökonomischen, politischen und (medien-)ideologischen Eliten nicht vorgesehen. Das Gros der Spenden aus den *Fortune-100*-Konzernen ging auf Clintons Konto, die großen privat-profitorientierten und öffentlich-rechtlichen Medien unterstützten Clinton und selbst nach Trumps Nominierung verweigerte ihm die Mehrheit des Parteiestablishments die Gefolgschaft. Wenige Wochen vor der Wahl meldeten sich sogar 50 außenpolitische Berater*innen der Republikaner in einem offenen Brief zu Wort und bezeichneten Trump als »Gefahr für die [...] nationale Sicherheit« (Sanger/Haberman 2016). Der Hintergrund für diese Ab-

2 https://www.realclearpolitics.com/epolls/other/congressional_job_approval-903.html; 31.8.2018.

lehnung selbst in seiner eigenen Partei war allerdings weniger Ausdruck des Unbehagens angesichts seines Radau-Rassismus und Radau-Sexismus. Seitens der Eliten war sie vielmehr die Folge von Trumps rhetorischer Absage an zwei unantastbare Kernanliegen der dominanten transnational-imperialen Fraktion im US-Machtblock: Globaler (»Freihandels«)-Kapitalismus und das Empire zu seiner globalen Aufrechterhaltung und, notfalls auch militärischen, Durchsetzung.

So klang Trump in diesen Fragen im Wahlkampf durchaus »links«, wenn er monierte, dass der »Krieg gegen den Terror« vollkommen gescheitert sei, weil die USA es anfänglich mit einem losen Netzwerk von wenigen Hundert al-Qaida-Terrorist*innen zu tun gehabt hätten und sich jetzt einer Armee von 30.000 bis 40.000 Kämpfer*innen des selbsternannten »Islamischen Staats im Irak und in Syrien« (ISIS) mit Millionen Sympathisant*innen weltweit gegenübersehen (Carl 2016). Tatsächlich hat dieser Krieg – wie das »Cost-of-War«-Forschungsprojekt der Ivy-League-Universität Brown berechnet hat – bis September 2016 allein in Afghanistan, Irak und Pakistan 4,79 Billionen US-Dollar gekostet (Crawford 2016a), d. h. mehr als das Sechsfache von ARRA. Angesichts dieser Tatsache konnte Trump die Wahl auch gewinnen, indem er lautstark bedauerte, welche Infrastrukturmaßnahmen hiermit möglich gewesen wären (Carl 2016).

Trump's Wahl war ein historisches Novum: *Erstens* haben die US-Republikaner während der Vorwahlperiode immer wieder (rechte) Graswurzelrevolten erlebt. Auch 2012 herrschte an der Basis eine »Anything-but-Romney«-Mentalität. Am Ende des Vorwahlkampfes setzte sich jedoch die Parteiführung durch (Solty 2013a: 241-248). Mit anderen Worten markiert die US-Präsidentschaftswahl 2016 einen Kontrollverlust der Partielite. Die USA symbolisieren damit zusammen mit anderen Mehrheitswahlrechtssystemen wie Großbritannien eine paradoxe Entwicklung: Die Repräsentationskrise führt hier nicht zur Entstehung von kleineren Dritt-, Viert-, Fünft- usw. Parteien. Nach außen wirken Demokraten und Republikaner stabil. Auch 2016 war die Zustimmung zur marktradikalen *Libertarian Party* und den US-Grünen minimal. Aber die äußere Stabilität wird kontrastiert durch eine innere Erosion, bei der populistische Kräfte die neoliberal-imperiale »Mitte« mittlerweile sogar in ihren eigenen Institutionen ersetzen können. *Zweitens* endete die Wahl mit der Präsidentschaft des Rechtsaußenkandidaten, während viele Politikwissenschaftler*innen auf der Grundlage des Duverger-Gesetzes davon ausgingen, dass Wahlen in Mehrheitswahlssystemen in der »Mitte« gewonnen würden, weil radikale Kandidat*innen zwar ihre Basis enthusiastisieren könnten, aber als Antagonisierende gemäß der Logik des »kleineren Übels« erdrutschartige Niederlagen kassieren müssten (Duverger 1972: 22-32), so wie paradigmatisch der Rechtskonservative Barry Goldwater 1964 oder der Linkssozialdemokrat George McGovern 1972 (vgl. Solty 2016c: 12-14).

Die Trump-Wahl verstärkt damit ein Moment des temporären, *politischen* Kontrollverlustes der transnational-imperialen Machtblockfraktion. Die autoritär-nationalistische Rechte – das hat sich seit 2016 gezeigt – ist zunehmend fähig, an die Schalthebel der *politischen* Macht zu gelangen. Dies zeigt die Linie von Brexit über Trump bis zum Beinahesieg des Kandidaten der Freiheitlichen Partei Österreichs

(FPÖ), Norbert Hofer, in der österreichischen Präsidentschaftswahl gegen einen neoliberalen Grünen-Kandidaten und Marine Le Pen (Soltz 2016d). Anhand der rechten Regierungsübernahmen aber lässt sich empirisch studieren, was die äußerste Rechte macht, wenn sie an der (Regierungs-)Macht ist.

Die Schlüsselfrage ist, ob die Wahl von rechtsautoritär-nationalistischen Politiker*innen auch zu einer entsprechenden Politik führt. Welche seiner Wahlkampfversprechen hat Trump in seinem ersten Jahr verwirklicht? Ist mit ihm ein neuer rechtsautoritärer Nationalismus an die Macht gekommen? Hat seine Regierung ihr (selektiv-)protektionistisches Programm wirklich umsetzen können? Und, falls nicht, wie ließe sich die Diskrepanz zwischen Wahlkampfversprechen und Realpolitik erklären?

Die Analyse der empirischen Faktenlage aus den ersten achtzehn Monaten musste auf der Grundlage von Szenarien operieren. Drei schienen plausibel: (1.) ein national-sozialer Rechtskeynesianismus (mit massiven Infrastrukturinvestitionen), (2.) Trumps Einhegung durch die transnational-imperiale US-Machtblockfraktion und (3.) ein »Behemoth«-Szenario im Sinne von Franz Neumann (1984), mithilfe dessen man die sich zu Amtsbeginn abzeichnenden, institutionellen Kämpfe zwischen verschiedenen alten und neuen Machtebenen im US-Staat womöglich beschreiben könnte.

Das erste Szenario hatte in den ersten zwei Wochen zunächst Erklärungsmacht. Trump schien tatsächlich seine Wahlkampfversprechen umsetzen zu wollen. Er erließ ein generelles, illiberales Einreiseverbot für Menschen aus mehrheitlich muslimisch geprägten Ländern (»*Muslim Ban*«), verfolgte weiter den Bau einer Mauer zu Mexiko – einschließlich der Behauptung, die Kosten für den Bau werde Mexiko selbst tragen – und beendete die TPP/TTIP-Verhandlungen per Dekret. Dies war ein schwerer Schlag für die transnational-imperiale Machtblockfraktion, weil beide Abkommen mit dem Ausschluss Russlands aus TTIP und Chinas aus TPP an diesen Konfliktzonen des Empire stark geopolitisch motiviert waren.

All dies antagonisierte die dominanten Kapitalien. Der »*Muslim Ban*« brachte die transnationalen Konzerne auf, die negative Auswirkungen auf ihre Ressourcen- und Exportmärkte und die Immobilität vieler transnationaler Beschäftigter fürchteten. Die »Amerikanische Mauer« antagonisierte wiederum die Agrargroßkonzerne, die auf mexikanische Arbeiter*innen mit prekärem Einwanderungsstatus angewiesen sind, weil diese Überausbeutung ermöglichen. Die Beendigung der TPP-/TTIP-Verhandlungen wiederum forderte den Widerstand der (neo-)liberalen Internationalist*innen heraus.

Ein nationalsozial-rechtskeynesianischer Weg hatte wiederum eine gewisse Plausibilität angesichts Trumps Unterstützung seitens einiger Gewerkschafter*innen aus der fossil-energetischen Branche, mit denen sich Trump am Tag nach seinem Amtsantritt traf (Shepardson 2017). Ein Vertreter der Bergbaugewerkschaft wurde hier nach mit dem Satz zitiert, dies seien die »besten Gespräche seit Jahren« (Green-

house 2017) gewesen, während ein Vertreter der Gewerkschaft *Teamsters* das Treffen als »incredible«³ bezeichnete.

5. Dimensionen Trumps transnational-imperialen Einhegung

Nach eineinhalb Jahren ist jedoch das Einhegungsszenario das plausibelste. Zweifellos agiert die Trump-Regierung teilweise erratisch. Dies hängt auch mit inner-administrativen Richtungskämpfen zwischen ökonomischen Nationalist*innen und imperialen Internationalist*innen zusammen. Dennoch sind die Anzeichen für eine transnational-imperiale Einhegung deutlich. Symbolisch verkörpert wird dies durch die sukzessive Entmachtung von Trumps Wahlsiegarchitekten und oberstem White-House-Berater Steve Bannon, einem selbsterklärten ökonomischen Nationalisten und rechtsradikalen Medienmogul.

Im Nachhinein zeigt sich, dass Trumps erste Entscheidungen wohl noch auf seine unvermeidliche Nähe und Dankbarkeit gegenüber Bannon zurückzuführen waren. Bannon hatte Trump auf den protektionistisch-»isolationistischen« Kurs eingeschworen, mithilfe dessen dieser die bevölkerungsreichen Mittlerer-Westen-Staaten gewann, weil sie infolge des Freihandels stark von Deindustrialisierung, Massenarbeitslosigkeit, zerfallender Infrastruktur und Bevölkerungsschwund gekennzeichnet sind und auf Trumps rechte Globalisierungskritik positiv reagierten. Hier trafen Trumps Botschaft von Infrastrukturinvestitionen und seine Anti-Establishment-Rhetorik – noch am Wahlabend sagte Trump, dies sei »unser Unabhängigkeitstag«, an dem »die amerikanische Arbeiterklasse endlich zurückschlägt« (ABC, 8.11.2016) – auf Zustimmung.

Bannons Einfluss war seinerzeit auf seinem Höhepunkt und sank im Zuge des Widerstands gegen die Umsetzung/Ankündigung eines ökonomisch-nationalistischen Kurses. Sukzessive wurde Bannon entmachtet, angefangen mit seiner Entfernung vom Nationalen Sicherheitsrat bis zur endgültigen Entlassung nach den rechtsterroristischen Mordtaten von Charlottesville (NYT, 20.8.2017).

Trumps Einhegung durch die transnational-imperiale Fraktion lässt sich anhand von zwei Analyseebenen rekonstruieren: erstens anhand seiner Kabinettsbildung und zweitens anhand seiner Realpolitik.

5.1. Trumps Kabinett

Trumps Regierung ist – gemessen an dem addierten Privatvermögen seiner Minister*innen – nicht nur die reichste Nachkriegsregierung, sondern auch eine mit noch engeren Verbindungen zur kapitalistischen Klasse als ihre Vorgänger. Trumps Kabinett rekrutiert sich aus drei (Interessens-)Gruppen, die alle direkt partikuläre Kapi-

3 »Union Bosses: »Incredible« meeting with Trump«, in: WorldNetDaily, 24.1.2017, <https://www.wnd.com/2017/01/union-bosses-incredible-meeting-with-trump/>; 31.8.2018.

talinteressen vertreten oder eng mit ihnen verbunden sind. Diese sind (1.) das (Wall-Street-)Finanzkapital, (2.) das fossil-energetische Kapital (Erdöl, Erdgas) und (3.) das alte, mit der Rüstungsindustrie verflochtene, republikanische Außenpolitikestablishment.

5.1.1. Trump und das Finanzkapital

Die starke Verbindung zwischen Finanzkapital und Trump-Regierung gilt insbesondere für die Wall-Street-Investmentbank *Goldman Sachs*. Nach *JP Morgan* ist sie die zweitgrößte der Welt. Im Juli 2017 kommandierte sie einen globalen Marktanteil von 6,9 Prozent – mehr als das Doppelte der Deutschen Bank als achtgrößter Bank der Welt. Frühere US-Regierungen haben ihre Wirtschaftspolitiker*innen von *Goldman Sachs* rekrutiert. Bill Clinton ernannte den früheren Ko-Geschäftsführer Robert Rubin zum Finanzminister. Im Amt implementierte Rubin NAFTA und deregulierte die Finanzmärkte. Dazu gehörte die Abschaffung des *Glass-Steagall Act* von 1933, das vor dem Hintergrund der Börsencrasherfahrung von 1929 eine Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken eingeführt hatte. Auch George W. Bush rekrutierte seinen Finanzminister von *Goldman Sachs*. Hank Paulson war vor seinem Amtsantritt *Goldman-Sachs*-Vorstandsvorsitzender und Geschäftsführer gewesen und in dieser Funktion für die Entwicklung der *Collateralized Debt Obligations* verantwortlich, die 2007 als Auslöser der globalen Finanzkrise identifiziert wurden (Blyth 2013: 28). Als Finanzminister initiierte Paulson dann die Bankenretungen.

Trump hatte im Wahlkampf eine Wall-Street-kritische Rhetorik gepflegt. *Goldman Sachs* bezeichnete er als die sinnbildliche Verkörperung des Establishments.⁴ Im Februar 2016 griff er seinen innerparteilichen Vorwahlkontrahenten Ted Cruz mit folgenden Worten an: »I know the guys at Goldman Sachs. They have total control over him. Just like they have total control over Hillary Clinton« (zit. n. CNN, 15.3.2017). In seiner letzten Wahlwerbesendung verwendete Trump ein unzweifelhaftes Bild des aktuellen *Goldman-Sachs*-Geschäftsführers Lloyd Blankfein, in dem dieser mit einer »global power structure« identifiziert wurde. Diese habe die Elite bereichert und die US-Arbeiter*innenklasse »ausgeplündert« (CNN, 30.11.2016). Trump insistierte auch darauf, dass Clintons zahlreiche Wall-Street-Reden, für die sie im Durchschnitt 225.000 US-Dollar kassierte, in Wahrheit »Geheimtreffen mit den internationalen Banken« gewesen seien, die das finstere Ziel verfolgten, »die Souveränität der USA zu zerstören« (CNN, 30.11.2016).

Im Zuge der Minister*innenrekrutierung vollzog Trump eine 180-Grad-Kehrtwende. Seine Regierung spickte er mit Großbankenvertretern. Die wirtschaftspolitischen Regierungsspitzen gehören dem Wall-Street-Flügel an. Direktor des Nationalen Wirtschaftsrates wurde Gary Cohn. Bis dahin war Cohn von 2006 bis 2017

4 »The People from ›Government Sachs‹«, in: New York Times, 16.3.2017, <https://www.nytimes.com/2017/03/16/business/dealbook/goldman-sachs-goverment-jobs.html>; 31.8.2018.

Goldman-Sachs-Vorstandsvorsitzender und Hauptgeschäftsführer. Mit anderen Worten: Cohn war nach Blankfein *Goldman Sachs*' zweitmächtigster Mann. Cohns politische Hauptprojekte sind die größte Steuersenkung für Konzerne und Superreiche seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und die Abschaffung von Obamas Krankenversicherung.

Trump's Finanzminister Steven Mnuchin war von 1985 bis 2002 leitender *Goldman-Sachs*-Banker und gründete dann eine Reihe von Hedgefonds. Sein Spitzname ist auch »Foreclosure King«, »Zwangsversteigerungskönig« (TIME, 19.1.2017). So war Mnuchin Geschäftsführer des *Hedgefonds One West* (früher: *IndyMac*). Ihm wird vorgeworfen, in dieser Funktion Zehntausende Hausbesitzer*innen mit allen möglichen Methoden, legalen wie illegalen, obdachlos gemacht zu haben (Neue Zürcher Zeitung, 18.1.2017). Als Finanzminister hat Mnuchin die Deregulierung der Finanzmärkte zu seiner obersten Priorität erklärt. Dazu gehört die Abwicklung von Obamas halbherzigem *Dodd-Frank*-Gesetz zu den Eigenkapitalvorschriften (NYT, 30.11.2016), die Trump gleich in der zweiten Woche nach seinem Amtsantritt veranlasste. Jenseits der Deregulierung ist Mnuchin auch Architekt des radikalsten Steuersenkungsprogramms in der US-Nachkriegsgeschichte (CNN, 22.10.2017). Diese Steuersenkungen für die Konzerne, Vermögensbesitzer*innen und obersten Einkommensbezieher*innen ist das radikalste Programm des »starving of the (welfare state) beast« seit Jahrzehnten. Die Ende Dezember 2017 vom republikanisch-kontrollierten Kongress beschlossene Steuerreform senkte die Unternehmenssteuer von 35 auf 21 Prozent und den individuellen Spitzensteuersatz von 39,6 auf 35 Prozent. Außerdem werden Steuern auf große Erbschaften wie die *alternative minimum tax* und die Vermögenssteuer abgeschafft. Die Steuersenkungspläne bewarb Trump dabei im Namen der US-amerikanischen Arbeiter*innenklasse:

»This is a revolutionary change, and the biggest winners will be the everyday American workers as jobs start pouring into our country, as companies start competing for American labor and as wages start going up at levels that you haven't seen in many years« (NYT, 27.9.2017).

Das neoliberale (Voodoo-)Credo lautet, dass die Maßnahme »[...] will restore our competitive edge so we can create better jobs and higher wages for American workers« (zit. n. CNN, 22.10.2017). Die verschiedenen Schätzungen der Kosten für den/die US-Steuerzahler*in rangieren zwischen einem Niedrigwert von 1,5 und einem Höchstwert von 7 Billionen US-Dollar (NYT, 27.9.2017). Der republikanische Senator Patrick J. Toomey, Mitglied des US-Finanzausschusses, betonte hierzu jedoch, er sei »[...] confident that a growing economy would pay for the tax cuts. This tax plan will be deficit reducing« (zit. n. NYT, 27.9.2017). Das Finanzministerium rechtfertigte die Kosten kurz vor der Abstimmung im Kongress mit einem eine Seite kurzen Analysepapier (NYT, 11.12.2017). Zuvor hatte die Regierung bereits verlautbart, dass Sozialkürzungen im Umfang von 26,7 Milliarden US-Dollar im Haushaltsjahr 2018 und 3,7 Billionen US-Dollar bis 2027 zur Gegenfinanzierung der Kapital- und Großvermögenentlastungen beitragen sollten (NYT, 22.5.2017).

Die Steuersenkung begründet die Regierung im Namen der Wettbewerbsfähigkeit. Tatsächlich hat sie international zu Begehrlichkeiten geführt. Auch in Deutschland reagierte die kapitalistische Klasse entsprechend. So bezeichnete der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Dieter Kempf, Trumps Steuerpläne als »absolute Kampfansage«. Die »neue Bundesregierung« müsse sich »dem verschärften internationalen Wettbewerb schnellstmöglich stellen«; aus diesem Grund müssten auch in Deutschland die Unternehmenssteuern sinken (zit. n. Handelsblatt, 15.12.2017). Insgesamt haben in einem »globalen Kapitalsteuersenkungskrieg« allein in den ersten drei Quartalen 2017 neun Länder der *Organisation of Economic Cooperation and Development* (OECD) ihre Unternehmenssteuern gesenkt (Financial Times, 13.9.2017; vgl. hierzu näher Solty 2018b).

Die engen Regierung-Finanzkapital-Beziehungen gehen jedoch über Cohn und Mnuchin hinaus. Handelsminister ist mit Wilbur Ross ein weiterer Investmentbanker. Ross wurde auf der *Forbes*-Liste der reichsten Personen der Erde mit einem Nettovermögen von 2,5 Milliarden US-Dollar geführt, später aber, weil er gelogen hatte, mit einem Vermögen von »nur« 700 Millionen von der Liste gestrichen (*Forbes*, 20.3.2017). Auch Ross entstammt der Wall-Street-Finanzelite und verfügt über engste Kontakte zur Demokraten-Führung. In den 1990er Jahren arbeitete er für die Clinton-Administration. Außerdem war er Privatisierungsberater des New-York-Bürgermeisters Rudi Giuliani und in dieser Funktion für die Erschließung kommunalen Eigentums für die private Kapitalakkumulation zuständig. Auch Ross ist ein entschiedener Vertreter des »Freihandels« (Batt/Appelbaum 2017).

Mitte März 2018 ernannte Trump zudem Jim Donovan, einen geschäftsführenden Direktor von *Goldman Sachs*, zum Vizeminister und damit zur zweitmächtigsten Person im Finanzministerium. Sein erklärtes Aufgabengebiet besteht im »[...] re-vamping the tax code and cut[ting] financial regulation« (CNN, 15.3.2017).

5.1.2. Trump und das fossil-energetische Kapital

Die zweite soziale Verankerung der Regierung ist die Öl- und Gasindustrie, die mit den Republikanern traditionell eng verbunden ist. So war Außenminister Rex Tillerson Geschäftsführer von *ExxonMobil*, dem – gemessen am Umsatz – siebtgrößten Konzern der Welt (Umsatz 2016: 218,6 Milliarden US-Dollar). Dabei vertritt *ExxonMobil* seine Wirtschaftsinteressen auch politisch und ideologisch. So wird dem Konzern vorgeworfen, weltweit Kampagnen zu finanzieren, deren Ziel es ist, den menschengemachten Klimawandel zu leugnen. Tillerson ist selbsterklärter Unterstützer des Freihandelsprinzips und ein Befürworter von marktradikalen Positionen.

Trump's Energieminister ist der frühere republikanische Präsidentschaftskandidat und Gouverneur von Texas, Rick Perry. Auch er ist persönlich eng mit der Fossilenergieindustrie verzahnt. Bis Ende 2016 war Perry noch Vorstandsmitglied bei *Energy Transfer Partners*, einer der größten US-Kapitalinvestmentfirmen überhaupt. Der Konzern besitzt ein gigantisches Pipelinenetz. Ihm gehört auch die umstrittene

1.800 Kilometer lange *Dakota Access Pipeline*, deren Baupläne in der zweiten Jahreshälfte 2016 zu einer Widerstandsbewegung von lokalen Indigenen- und Umweltgruppen führte. Am 24. Januar 2017 erließ Trump den Baubefehl per Dekret und setzte ihn mit massiver Polizeigewalt durch. Auch die politisch hart umkämpfte *Keystone XL Pipeline*, die das ökologisch verheerende Teersandöl aus Kanada importiert, gehört zu *Energy Transfer Partners*. Zu seinen ökonomischen Interessen passt es darum auch, dass Perry als einer der öffentlichkeitswirksamsten Leugner der menschlichen Klimawandelverursachung auftritt (CNBC, 10.6.2017).

Die gleiche Position vertritt auch Trumps Leiter der Umweltschutzbehörde, Scott Pruitt. Im Laufe seiner Karriere als Generalstaatsanwalt des Ölstaates Oklahoma hat er mindestens vierzehn Mal Gerichtsverfahren gegen die Umweltschutzbehörde eingeleitet. Er selbst bezeichnet sich als »Vorkämpfer gegen [ihre] aktivistische Agenda« (zit. n. NYT, 11.8.2017) und war Architekt hinter Trumps Weigerung, das (unverbindliche) Pariser Klimaschutzabkommen zu unterzeichnen. Nach Pruitts Rücktritt im Juli 2018 übernahm Andrew R. Wheeler das Amt, ein weiterer Lobbyist der Kohleindustrie gegen Obamas moderate Umweltpolitik und ehemaliger Mitarbeiter des republikanischen Senators James Inhofe, einem äußerst rechten Klimawandelleugner und weiteren Günstling der marktradikalen *Koch-Industries*-Brüder aus Oklahoma.

5.1.3. Trump und das republikanische Außenpolitik-Establishment

Trump bestritt, wie gesagt, seinen Wahlkampf mit einer Antikriegs- und antiimperialen Rhetorik. Im Gegensatz hierzu steht die Ernennung von hochrangigen Militärs zu Regierungsmitgliedern. Dazu gehören Schlüsselfiguren der jüngeren US-Kriege im arabischen Raum, in denen – nach Angaben des »*Cost-of-War*«-Forschungsprojekts der Brown University – seit 2001 allein in Afghanistan und Pakistan schätzungsweise 370.000 Menschen direkt und indirekt mehr als 800.000 Menschen ums Leben kamen (Crawford 2016b).

Im Wahlkampf bezeichnete Trump den sogenannten *war on terror* als »mistake«, die Situation im Irak als »a mess« und den Krieg der *North Atlantic Treaty Organisation* (NATO) gegen Libyen 2011 als »disaster« (CNN, 25.2.2016). Er betonte, er werde »very, very cautious« sein und »a lot slower« in den Krieg ziehen als Clinton, die er als »Schießwütige (trigger-happy)« bezeichnete (NBC, 7.9.2016). Schon Ende 2015 betonte Trump (2015: 37), dass er als Präsident einen Afghanistan-Truppenabzug befehligen würde, und im Rahmen der CBS-Vorwahldebatte vom 13. Februar 2016 sagte er:

»[W]e've been in the Middle East for 15 years, and we haven't won anything. We've spent \$5 trillion dollars in the Middle East [...]; we have to rebuild our country. We have to rebuild our infrastructure. You listen to them [Jeb Bush and the Republican party foreign policy establishment], you're going to be there for another 15 years. You'll end up with world war three« (CBS, 13.2.2016).

Im schroffen Gegensatz zu dieser Wahlkampfrhetorik hat Trump nicht nur die Afghanistantruppen aufgestockt, seine Regierung ist zudem durchsetzt mit den *War-on-Terror*-Verantwortlichen. Verteidigungsminister wurde James Mattis. Von 2002 bis 2004 war dieser *Brigadier and Major General* des Afghanistan- und Irakkriegs. Von 2010 bis 2013 wurde Mattis Nachfolger von General David Petraeus als Oberster Kommandant der US-Armee im Mittleren Osten, Ostafrika und Zentralasien. Mattis ist damit hauptverantwortlich für die US-Kriegsoperationen nicht nur im Irak, sondern auch in Syrien und war zugleich Hauptverantwortlicher des Libyenkriegs 2011.

Ferner entstammt auch Trumps White-House-Stabschef und vormaliger stellvertretender Heimatschutzminister John F. Kelly dem republikanischen Außenpolitik-establishment und pflegt dazu engste Rüstungsindustriekontakte. Eben solche suggeriert auch Trumps Haushaltsplan 2018; denn er sah Kürzungen oder Abwicklungen aller Wohlfahrtsstaatsprogramme vor. Dazu gehören der öffentliche Wohnungsbau, die öffentliche Bildung und auch die Kunstförderung. In lediglich drei der insgesamt achtzig Bundesprogramme fanden Budgeterhöhungen statt. Alle sind verbunden mit dem Militär und Repressionsapparaten: Die Heimatschutzbehörde, d. h. die innere Überwachung, die Kriegsveteran*innen-Unterstützung und der »Verteidigungshaushalt«. Die US-Militärausgaben sind die höchsten der Welt und stiegen in Trumps erstem Haushaltsplan vom 12. Dezember 2017 um 2,4 Prozentpunkte auf 700 Milliarden US-Dollar. Nach Angaben des *Stockholm International Peace Research Institutes* (SIPRI) sind die US-Rüstungsausgaben damit dreimal so hoch wie die Chinas (215 Milliarden US-Dollar) und fast zehnmal so hoch wie die Russlands (69,2 Milliarden US-Dollar). Für das Haushaltsjahr 2019 unterzeichnete die Trump-Administration am 13. August 2018 eine weitere Erhöhung auf 892 Milliarden US-Dollar, während sie gleichzeitig Druck auf die NATO-Staaten ausübt, die Zweiprozentmarke an Rüstungsausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt einzuhalten.⁵

5.2. Autoritär-imperialer Finanzmarktkapitalismus: Trumps Realpolitik

Bezogen auf die zuvor erwähnten Nachwahlszenarien lässt sich Trumps Politik als ein Wiederaufschwung des neoliberalen Finanzmarktkapitalismus bezeichnen. Tatsächlich radikalisiert die marktradikal orientierte Trump-Regierung diesen. Sie verkörpert eine radikale Politik der »Akkumulation durch Enteignung« (Harvey 2003: 137-182) und der neuen Landnahme (Dörre 2009). In diesem Sinne zielt ihre Politik auf die Schaffung neuer profitabler Anlagesphären für das überschüssige Kapital, das keine profitablen Anlagemöglichkeiten findet. Allein der *Apple*-Konzern, auf den (Obamas und) Trumps Reindustrialisierungsziel u. a. zählt, hat im April 2017 die 250 Milliarden-Grenze an nichtinvestierten Cash-Reserven überschritten

5 »2018 Defense Budget«, in: Military Benefits, <https://militarybenefits.info/2018-defense-budget-overview>; 31.8.2018.

(Wall Street Journal, 30.4.2017). Tatsächlich findet eine innere Landnahme auch in anderen Bereichen der US-Ökonomie statt, insbesondere im Bildungssektor. Die Multimilliardärin und erklärte Marktradikale Betsy DeVos hat die systematische Privatisierung von öffentlichen Schulen und ihre Ersetzung durch öffentlich subventionierte, profitorientiert-private Charter-Schulen zu ihrem Ziel erhoben (Washington Post, 8.12.2016). Die Ankündigung von Infrastrukturinvestitionen im Umfang von 1,5 Milliarden US-Dollar steht dabei nicht im Gegensatz zu dieser Landnahme-Politik, sondern ist ein integraler Bestandteil (Washington Post, 21.12.2017); auch sie meint nicht die Steigerung der öffentlichen Ausgaben, sondern einen Plan der *Private-Public-Partnerships* und Infrastrukturprivatisierung – von Autobahnen, Brücken, Tunnels etc. Ausgearbeitet wurde dieser Plan von Vizepräsident Mike Pence, der als *Tea-Party*-republikanischer Gouverneur von Indiana eine entsprechende Landnahme-Initiative durchgeführt hat (Bloomberg, 7.2.2018).

So wie der Aufstieg des Trump'schen »Rechtspopulismus« keine US-amerikanische Exzeptionalität ist, sondern pars pro toto seines Aufschwungs weltweit, so ist auch Trumps Politik Teil einer allgemeinen Wiederbelebung neoliberaler Politik unter autoritären Vorzeichen. Dazu gehört auch die Wahl des Wall-Street-Investmentbankers Emmanuel Macron zum französischen Präsidenten, die Wahl des Milliardärs Andrej Babiš zum tschechischen Ministerpräsidenten oder die Wahl von Sebastian Kurz zum österreichischen Bundeskanzler in einer hartrechten Regierung im Bündnis mit der FPÖ. Alle diese Politiker haben im Namen der globalen Wettbewerbsfähigkeit, d. h. unter den Maßgaben des globalen *Beggar-thy-neighbor*-Kapitalismus, massive Steuersenkungen für die Reichen und prokapitalistische Arbeitsmarktreformen – wie die Wiedereinführung der Zwölfstundenwoche in Österreich oder die Lockerung des Kündigungsschutzes in Frankreich – durchgeführt oder verkündet.

5.3. Die USA im Handelskrieg: Weltmarktfragmentierender Protektionismus oder neo-Reagan'scher Freihandelsimperialismus?

Im Handelskrieg verfolgt die Trump-Regierung dabei entgegen landläufiger Missverständnisse keinen Protektionismus, der auf die Einschränkung des »Freihandels« abzielt. Stattdessen ist die Androhung von protektionistischen Maßnahmen vielmehr das Mittel, um eine Freihandelsvertiefung zu forcieren. In der offiziellen Handelsagenda vom März 2017 wurde es als das zentrale handelspolitische Ziel ausgegeben, »alle vorhandenen Machtmittel auszuschöpfen, um andere Länder zur Öffnung ihrer Märkte für US-Waren- und Dienstleistungsexporten zu bringen« (Trump 2017: 2). »Unfaire Handelsschranken [...], die US-Exporte blockieren« würden, sollten »niedergerissen« werden (Trump 2017: 1). Dabei solle ein besonderes Augenmerk auf die Sicherung von geistigen Eigentumsrechten gerichtet werden (Trump 2017: 2).

Diese grundsätzliche Orientierung behielt die Trump-Administration auch in der Handelsagenda 2018 bei. Ein besonderer Fokus richtete sich dabei neben der »Ver-

besserung der Exportmöglichkeiten« (Trump 2018: 10) auf die Durchsetzung von »wirklicher Marktkonkurrenz« (Trump 2018: 4) gegen staatsinterventionistische Entwicklungsmodelle, namentlich Chinas.

Der strategische Ansatz, Handelsabkommen bilateral auszuhandeln, bildet hierbei eine Machtressource; die USA verfolgen unter Präsident Trump statt einer protektionistischen eine neo-Reagan'sche Außenwirtschaftspolitik, bei der der gigantische US-Binnenmarkt eingesetzt wird, um auf bilateralem Wege verbesserte Export- und Auslandsinvestitionsbedingungen zu erzwingen.

Die USA können sich hierbei auf die gewachsene Exportabhängigkeit Deutschlands und Chinas von den USA stützen. So wuchs der Handelsüberschuss der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den USA zwischen 2007 und 2017 um 43 Prozentpunkte auf 64,2 Milliarden US-Dollar an, und der chinesische im selben Zeitraum sogar um 46 Prozentpunkte auf 369,8 Milliarden US-Dollar. Die diskursive Fokussierung auf Multilateralismus seitens der EU und Chinas, wie sie auf den Weltwirtschaftsforen 2016 und 2017 von Xi Jinping und Angela Merkel vorgetragen wurde, ist entsprechend als eine Verteidigungsstrategie gegen diesen machtpolitischen Ansatz der USA im globalen *Beggar-thy-neighbor*-Kapitalismus zu begreifen.

6. Fazit: Wie erklärt sich Trumps handels- und außenpolitische Kehrtwende? Einige staatstheoretische Schlussfolgerungen

Die zentrale staatstheoretische Frage ist, wie sich Trumps 180-Grad-Wenden insbesondere in der Handels- und Außenpolitik, d. h. letztlich seine Einhegung durch die transnational-imperiale US-Machtblockfraktion, erklären lassen. Als herrschende »Mitte« ist diese *politisch* offenkundig geschwächt. Der Brexit, die Trump-Wahl und der Aufstieg des rechtsautoritären Nationalismus insgesamt, aber auch der Aufstieg eines dritten, anti-neoliberalen Pols um Linksozialdemokraten wie Jeremy Corbyn in Großbritannien und Bernie Sanders markieren reale oder drohende Kontrollverluste seitens der neoliberal-imperialen Kräfte in den entwickelten kapitalistischen Staaten. Die neoliberale Repräsentationskrise führt zu populistischen Lücken und »Momenten« (vgl. Priester 2005), die den Aufstieg dieser »antisystemischen« Kräfte ermöglichen.

Die materialistische Staatstheorie hat jedoch einen wichtigen Unterschied identifiziert: den zwischen *politischer* und *gesellschaftlicher* Macht. Die Regierungsmacht zu übernehmen bedeutet längst keine Kontrolle über die ökonomisch-gesellschaftliche Entwicklung. Dies gilt sowohl für den linken als auch den rechten »Populismus«. Linke Staatsmachtprojekte, wie etwa der Wahlsieg von *Synaspismos Rizospastikis Aristeras* (SYRIZA) in Griechenland im Januar 2015, stehen vor den großen Herausforderungen der »strukturellen Macht« (Gill/Law 1988: 92-101) des Kapitals, d. h. seiner Mobilität (und entsprechenden Befähigung zur Kapitalflucht)

und seiner Machtressource des Investitionsstreiks. Wie Clyde W. Barrow betont, besteht das Problem darin anzuerkennen,

»[...] that the relationship among classes and the state, as organized by institutions, is asymmetrical as in the case of investment strikes. The structural power of capital is its ability to make decisions about capital investment and disinvestment« (Barrow 2016: 157).

Aber auch für den rechtsautoritären Nationalismus, der in der Trump-Regierung von Bannon und seiner übriggebliebenen »Schattenregierung« um den protektionistischen Handelsbeauftragten Robert Lightizer oder den ökonomisch-nationalistischen Chef der von Bannon initiierten neuen Industriepolitikbehörde, Peter Navarro, verkörpert wird, gilt dieser Politische-Macht/Gesellschaftliche-Macht-Gegensatz. Der rechtsautoritäre Nationalismus verfügt nur bedingt über ein politisches Projekt. Er ist – als buchstäblich reaktionäre Bewegung mit schwachen gesellschaftstheoretischen Grundlagen und Alternativkonzepten (vgl. Honderich 1994: 320; Robin 2017) – nicht nur von Anfang an auf die Expertise der alten Eliten angewiesen. Darüber hinaus bildet die Transnationalisierung der kapitalistischen Produktion eine normative Macht des Faktischen. In diese ökonomische Basis legt die transnational-imperiale Fraktion ihre gesellschaftliche Macht, die politische Instabilitäten und Schwächungen auszugleichen vermag. Diejenigen Teile der prokapitalistischen Agenda der Trump-Administration, die gegen den neoliberalen Freihandelskapitalismus und gegen diese Machtbasis gewirkt haben, waren entsprechen nicht durchsetzbar (oder die damit verbundenen Klassenfraktionskämpfe von der Regierung nicht gewollt). Faktisch ist das Passivierungsdispositiv des rechten Populismus, das im Gegensatz zum Aktivierungsdispositiv des linken steht, das entscheidende Hindernis für die politische Mobilisierung der nationalistischen Kräfte (vgl. hierzu näher Solty/Werner 2016). Am Ende scheinen damit aber auch nur die gemeinsamen Ziele dieser Kapitalfraktionen verwirklicht werden zu können: die einer radikal marktorientierten Politik, die bloß im weniger energieintensiven High-techkapital auf Widerstand stößt, und einer Politik der Senkung der Kapitalbesteuerung. Letztlich ist die Trump-Präsidentschaft damit ein Lehrstück über das Verhältnis von politischer und gesellschaftlicher Macht im globalen Kapitalismus und ein Lehrstück darüber, was die rechtsautoritären Nationalisten tun und eben nicht tun (können), wenn sie an der Macht sind.

Literatur

- Albo, Gregory* 1993: Competitive Austerity and the Impasse of Capitalist Employment Policy, in: Miliband, Ralph/Panitch, Leo (Hrsg.): Between Globalism and Nationalism, London, 144-170.
- Barrow, Clyde W.* 2016: Toward a Critical Theory of States, New York, NY.
- Batt, Rosemary/Appelbaum, Eileen* 2017: Who is Wilbur Ross?, in: American Prospect, 3.7.2017, <http://prospect.org/article/who-wilbur-ross>; 31.8.2018.

- Bello, Walden* 2009: From Neoliberalism to Global Social Democracy (Vortrag, Pace University, New York, 17.4.2009), in: <https://www.transform-network.net/de/blog/article/from-neoliberalism-to-global-social-democracy/>; 31.8.2018.
- Bieling, Hans-Jürgen* 2006: Formen transnationaler Staatlichkeit in: Bretthauer, Lars/Gallas, Alexander/Kannankulam, John/Stützle, Ingo (Hrsg.): *Poulantzas lesen*, Hamburg, 223-239.
- Bieling, Hans-Jürgen* 2018: Jenseits der (neo-)liberal-kosmopolitischen Hegemonie? Die »Doppelkrise« der transatlantischen Globalisierungspolitik in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 25: 2, 164-180.
- Blyth, Mark* 2013: *Austerity. The History of a Dangerous Idea*, Oxford.
- Brand, Ulrich* 2011: Postneoliberalismus? Aktuelle Konflikte – gegenhegemoniale Strategien, Hamburg.
- Brand, Ulrich/Sekler, Nicola* (Hrsg.) 2009: Postneoliberalism. A Beginning Debate, in: *Development Dialogue* (Special Issue 51).
- Brie, Michael/Candeias, Mario* 2016: Rückkehr der Hoffnung: Für eine offensive Doppelstrategie in: LuXemburg, November 2016, <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/rueckkehr-der-hoffnung-fuer-eine-offensive-doppelstrategie/>; 31.8.2018.
- Bruff, Ian* 2014: The Rise of Authoritarian Neoliberalism, in: *Rethinking Marxism* 26: 1, 113-129.
- Candeias, Mario* 2014a: Szenarien grüner Transformation, in: Brie, Michael (Hrsg.): *Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*, Münster, 303-329.
- Candeias, Mario* 2014b: »Wenn das Alte stirbt...«, in: Brie, Michael (Hrsg.): *Die organische Krise des Finanzmarktkapitalismus*, Berlin, 14-28.
- Carl, Jeremy* 2016: The Red Wall, in: *National Review*, 5.12.2016, www.nationalreview.com/magazine/2016-12-05-0000/donald-trump-win-voters-midwest/; 31.8.2018.
- Clinton, Hillary* 2017: *What Happened*, New York, NY.
- Conlan, Timothy J./Posner, Paul L./Regan, Priscilla M.* (Hrsg.) 2017: *Governing Under Stress. The Implementation of Obama's Economic Stimulus Program*, Washington, DC.
- Cox, Robert W.* 1987: *Production, Power, and World Order*, New York, NY.
- Crawford, Neta C.* 2016a: U.S. Budgetary Costs of Wars through 2016. \$4.79 Trillion and Counting (Watson Institute International and Public Affairs Study Paper), in: <http://watson.brown.edu/costsofwar/files/cow/imce/papers/2016/Costs%20of%20War%20through%202016%20FINAL%20final%20v2.pdf>; 31.8.2018.
- Crawford, Neta C.* 2016b: Update on the Human Costs of War for Afghanistan and Pakistan, 2001 to Mid-2016 (Watson Institute International and Public Affairs Study Paper), in: http://watson.brown.edu/costsofwar/files/cow/imce/papers/2016/War%20in%20Afghanistan%20and%20Pakistan%20UPDATE_FINAL_corrected%20date.pdf; 31.8.2018.
- Decker, Samuel/Sablowski, Thomas* 2017: *Die G20 und die Krise des globalen Kapitalismus*, Berlin.
- Demirovic, Alex* 2016: Demokratie – zwischen autoritären Tendenzen und gesellschaftlicher Transformation in: Demirovic, Alex (Hrsg.): *Transformation der Demokratie – demokratische Transformation*, Münster, 278-302.
- Deppe, Frank* 2013: *Autoritärer Kapitalismus*, Hamburg.
- Deppe, Frank/Salomon, David/Solty, Ingar* 2011: *Imperialismus*, Köln.
- Domhoff, G. William/Webber, Michael J.* 2011: *Class and Power in the New Deal*, Stanford, CA.
- Dörre, Klaus* 2009: Die neue Landnahme: Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus in: Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (Hrsg.): *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte*, Frankfurt a. M., 21-86.
- Duverger, Maurice* 1972: *Party Politics and Pressure*, New York, NY.
- Flecker, Jörg/Kirschenhofer, Sabine* 2007: *Die populistische Lücke*, Wien.
- Geithner, Timothy* 2014: *Stress Test. Reflections on Financial Crises*, London.

- Gill, Stephen 1998: European Governance and New Constitutionalism in: *New Political Economy* 3: 1, 5-26.
- Gill, Stephen/Law, David 1988: *The Global Political Economy*, Baltimore, MD.
- Gill, Stephen/Cutler, Claire 2015: *New Constitutionalism and World Order*, Cambridge.
- Gill, Stephen/Solty, Ingar 2013: Die organischen Krisen des Kapitalismus und die Demokratiefrage, in: *Juridikum: Zeitschrift für Kritik/Recht/Gesellschaft* 25: 1, 51-65.
- Gramsci, Antonio 1991-1999: *Gefängnishefte*. Zehn Bände, Hamburg.
- Greenhouse, Steven 2017: The Unions That Like Trump, in: *New York Times*, 8.4.2017, <https://www.nytimes.com/2017/04/08/opinion/sunday/the-unions-that-like-trump.html>; 31.8.2018.
- Grunwald, Michael 2013: *The New New Deal*, New York, NY.
- Harvey, David 2003: *The New Imperialism*, Oxford.
- Harvey, David 2006: *Spaces of Global Capitalism*, London.
- Harvey, David 2007: *A Brief History of Neoliberalism*, Oxford.
- Hirsch, Joachim 2005: *Materialistische Staatstheorie*, Hamburg.
- Hobsbawm, Eric 1996: *The Age of Extremes*, London.
- Honderich, Ted 1994: *Das Elend des Konservatismus. Eine Kritik*, Hamburg.
- Jessop, Bob 2008: The Crises of Neoliberalism, Neo-Neoliberalism and Post-Neo-Liberalism (unveröffentlichter Vortrag, University of Toronto, 19.9.2008).
- Klein, Dieter 2016: *Gespaltene Machteliten. Verlorene Transformationsfähigkeit oder Renaissance eines New Deal*, Hamburg.
- Koddenbrock, Kai 2018: Strukturwandel der Globalisierung? Brexit, Trump(ismus), Strategien Chinas und die politische Ökonomie der internationalen Beziehungen in *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 25: 2, 126-143.
- Kotlikoff, Laurence 2011: Stimulus Has Been Too Small and Poorly Defined to Judge, in: *The Economist*, 7.7.2011.
- Langfield, Amy 2013: In Tough Economy, Fast Food Workers Grow Old, in: *NBC*, 15.4.2013, <https://www.nbcnews.com/feature/in-plain-sight/tough-economy-fast-food-workers-grow-old-v-17719586>; 31.8.2018.
- Levine, Rhonda F. 1988: *Class Struggle and the New Deal*, Lawrence, KS.
- Lipietz, Alain 1985: Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. Einige methodische Überlegungen zum Begriff »Regulation«, in: *Prokla* 15: 1, 109-137.
- Lizza, Ryan 2012: The Obama Memos. The Making of a Post-partisan Presidency, in: *The New Yorker*, 30.1.2012, <https://www.newyorker.com/magazine/2012/01/30/the-obama-memos>; 31.8.2018.
- Mann, Jonathan 2009: Can Obama Jump Start U.S. Auto Industry?, in: *CNN*, 5.6.2009, <http://edition.cnn.com/2009/POLITICS/06/05/pm.autos/index.html>; 31.8.2018
- McNally, David 2012: *The Global Slump*, Oakland, CA.
- Müller, Peter 2017: Trump in Brussels. »The Germans Are Bad, Very Bad«, in: *Spiegel Online*, 26.5.2017, <http://www.spiegel.de/international/world/trump-in-brussels-the-germans-are-bad-very-bad-a-1149330.html>; 31.8.2018.
- National Employment Law Project 2012: The Low-Wage Recovery and Growing Inequality, in: *NELP Online*, <https://www.nelp.org/publication/4050/>; 31.8.2018.
- Neumann, Franz 1984: *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus, 1933-1944*, München.
- Nölke, Andreas 2018: Vom liberalen zum organisierten Kapitalismus in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 25: 2, 181-198.
- Obama, Barack 2009: Remarks Following a Meeting with President's Economic Recovery Advisory Board Chairman Paul A. Volcker and an Exchange with Reporters, March 13, in: *Public Papers of the Presidents of the United States*. Barack Obama, 2009, Washington, DC, 246-248.

- Oberndorfer, Lukas* 2013: Vom neuen, über den autoritären, zum progressiven Konstitutionalismus? Pakt(e) für Wettbewerbsfähigkeit und die europäische Demokratie, in: *Juridikum* 25: 1, 76-86.
- Panitch, Leo* 2002: Neuer Imperialismus – neue Imperialismustheorie, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 13: 4, 77-87.
- Panitch, Leo/Gindin, Sam* 2012: *The Making of Global Capitalism*, London.
- Pile, Kadriye/Fisahn, Andreas* 2017: Sicherheitsstaat und neue Formen des Autoritären (Staates) in Europa? Ein Versuch begrifflicher Annäherung in: Puschke, Jens/Singelstein, Tobias (Hrsg.): *Der Staat und die Sicherheitsgesellschaft*, Wiesbaden, 33-53.
- Poulantzas, Nicos* 1973: *Faschismus und Diktatur*, München.
- Poulantzas, Nicos* 2002: *Staatstheorie*, Hamburg.
- Priester, Karin* 2005: Der populistische Moment, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 50: 3, 301-310.
- Rilling, Rainer* 2014: Transformation als Futuring, in: Michael Brie (Hrsg.): *Futuring: Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*, Münster, 12-48.
- Robin, Corey* 2017: *The Reactionary Mind*, Oxford.
- Roesler, Jörg* 2010: *Der schwierige Weg in eine solidarische Wirtschaft*, Hamburg.
- Romer, Christina* 2009: The Case for Fiscal Stimulus. The Likely Effects of the American Recovery and Reinvestment Act (Vortrag, University of Chicago, 27.2.2009), in: https://www.economy.com/.../The_Job_Impact_of_the_American...; 31.8.2018.
- Ryner, Magnus* 2015: Europe's Ordoliberal Iron Cage. Critical Political Economy, the Euro Area Crisis and Its Management, in: *Journal of European Public Policy* 22: 2, 275-294.
- Saez, Emmanuel/Zucman, Gabriel* 2016: Wealth Inequality in the United States since 1913. Evidence from Capitalized Income Tax Data, in: *The Quarterly Journal of Economics* 131: 2, 519-578.
- Sanger, David E./Haberman, Maggie* 2016: 50 G.O.P. Officials Warn Donald Trump Would Put Nation's Security »at Risk«, in: *New York Times*, 8.8.2016, <https://www.nytimes.com/2016/08/09/us/politics/national-security-gop-donald-trump.html>; 31.8.2018.
- Scheiber, Noah* 2012: *The Escape Artists*, New York, NY.
- Schulzen, Thorsten/Müller, Torsten* 2013: Ein neuer europäischer Interventionismus? Die Auswirkungen des neuen Systems der Economic Governance auf Löhne und Tarifpolitik, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 39: 3, 291-321.
- Shaikh, Anwar* (Hrsg.) 2007: *Globalization and the Myths of Free Trade*, London.
- Shepardson, David* 2017: Trump meets with leaders of building, sheet metal unions, in: *Reuters*, 23.1.2017, <https://www.reuters.com/article/us-usa-trump-labor-idUSKBN157290?il=0>; 31.8.2018.
- Shoup, Laurence H./Minter, William* 1977: *Imperial Brain Trust*, New York, NY.
- Simon, Jenny* 2018: Die Rolle Chinas in den aktuellen Auseinandersetzungen um den Operationsmodus der Globalisierung, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 25: 2, 144-163.
- Soly, Ingar* 2011a: After Neoliberalism. Left versus Right Projects of Leadership in the Global Crisis in: Gill, Stephen (Hrsg.): *Global Crises and the Crisis of Global Leadership*, Cambridge, 199-215.
- Soly, Ingar* 2011b: Interregnum neuer Protestbewegungen in: *LuXemburg: Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* 3: 4, 146-153.
- Soly, Ingar* 2013a: Die USA unter Obama. Charismatische Herrschaft, soziale Bewegungen und imperiale Politik in der globalen Krise, Hamburg.
- Soly, Ingar* 2013b: The Crisis Interregnum in: *Studies in Political Economy* 33: 1, 87-114.
- Soly, Ingar* 2014: Der Name der Zeit. Autoritärer Kapitalismus?, in: *LuXemburg* 7: 1, 114-115.
- Soly, Ingar* 2016a: Donald Trump – ein amerikanischer Faschist? Legitimationskrise, Repräsentationskrise und rechter Populismus in den USA, in: *Sozialismus* 43: 1, 2-7.
- Soly, Ingar* 2016b: Warum gibt es in den USA Sozialismus?, in: *Sozialismus*, 43: 3, 2-6.

- Solty, Ingar* 2016c: Die politische Artikulation der globalen Krise heute. Politische Polarisierung, »dritter Pol«, Sanderismus und Corbynismus, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 27: 3, 8-18.
- Solty, Ingar* 2016d: Wie konnte der herrschende Block die Kontrolle verlieren? Zu den Ursachen des Triumphs von Donald Trump, in: *Sozialismus* 43: 12, 2-12.
- Solty, Ingar* 2016e: Exportweltmeister in Fluchtsachen. Die neue deutsche Außenpolitik, die Krise und linke Alternativen. Studie, Berlin.
- Solty, Ingar* 2018a: Der 18. Brumaire des Donald J. Trump? in: Beck, Martin/Stützle, Ingo (Hrsg.): *Die neuen Bonapartisten. Mit Marx den Aufstieg von Trump & Co. Verstehen*, Berlin, 74-92.
- Solty, Ingar* 2018b: Eine Regierung des Kapitals, durch das Kapital und für das Kapital. Trumps Steuerreform im Namen der US-Arbeiterklasse und der globale Kapitalsteuersenkungskrieg, in: *Sozialismus* 44: 2, 28-32.
- Solty, Ingar/Gill, Stephen* 2013: Krise, Legitimität und die Zukunft Europas in: *Das Argument: Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften* 55: 1-2, 82-94.
- Solty, Ingar/Werner, Alban* 2016: Der indiskrete Charme des Linkspopulismus in: *Das Argument* 58: 2, 273-285.
- Suskind, Ron* 2012: *Confidence Men*, New York, NY.
- Trump, Donald* 2015: *Time to Get Tough. Make America Great Again*, New York, NY.
- Trump, Donald* 2017: The President's 2017 Trade Policy Agenda, in: <https://ustr.gov/sites/default/files/files/reports/2017/AnnualReport/AnnualReport2017.pdf>; 31.8.2018.
- Trump, Donald* 2018: The President's 2018 Trade Policy Agenda, in: <https://ustr.gov/sites/default/files/files/Press/Reports/2018/AR/2018%20Annual%20Report%20I.pdf>; 31.8.2018.
- Van der Pijl, Kees* 1998: *Transnational Classes and International Relations*, London.
- Wolffe, Richard* 2011: *Revival. The Struggle for Survival Inside the Obama White House*, New York, NY.
- Wood, Ellen Meiksins* 2002: *The Origin of Capitalism*, London.
- Zuckerman, Mortimer* 2012: A Part-Time/Low-Wage Epidemic in: *Wall Street Journal*, 5.11.2012, <https://www.wsj.com/articles/SB10001424052970203707604578094601253124258>; 31.8.2018.